

Zunächst begründete Herr Köhler den eingebrachten Antrag

Herr Knülle begrüßte diesen Antrag. Er vertrat die Auffassung, dass dieser Antrag – wie ursprünglich vorgesehen – im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden sollte und beantragte daher die Verweisung in den Haupt- und Finanzausschuss. Hier könnten dann entsprechende Details erörtert werden, wie z. B. Auswirkungen auf die freiwilligen Leistungen der Stadt.

Herr Schell erklärte, dass seine Fraktion diesen Antrag ablehnen werde. Er begründete dies u.a. damit, dass hier aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein Instrument installiert werden soll, das auch erst in mehreren Jahren „greifen“ würde. Außerdem könnte der Rat jederzeit diese Satzung wieder aufheben.

Frau Schmidt teilte hierzu u.a. mit, dass der Rat ja selbst entscheiden kann, wo z.B. bei freiwilligen Leistungen gespart werden sollte.

Herr Metz führte hierzu u.a. aus, dass zunächst geklärt werden müsste, ob eine derartige Satzung nicht im Widerspruch z.B. zur Haushaltssatzung oder anderer gesetzlichen Vorschriften stehen würde. Da hier noch viele Fragen offen seien, sollte – wie bereits vorgeschlagen – dieser Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen werden, um dort die entsprechenden Beratungen zu führen.

Auch Herr Kammel sprach sich seitens der FDP-Fraktion dafür aus, diesen Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung zu verweisen.

Herr Köhler - als antragstellende Fraktion – sah für seine Fraktion ebenfalls keine Bedenken, diesen Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Auch Herr Schell sprach sich anschließend für diese Verweisung aus.

Daraufhin unterbreitete Herr Rupp für die Verwaltung den Vorschlag, bevor eine Beratung im Haupt- und Finanzausschuss stattfindet, sollte ein sogenannter „runder Tisch“ einberufen werden. Hier könnten dann die Fraktionsvorsitzenden und die Haushaltsexperten der einzelnen Fraktionen Ideen sammeln, wie hier bei der Haushaltskonsolidierung weiter vorgegangen werden soll. Dieser „runde Tisch“ soll keine Entscheidungen treffen, sondern diese Thematik und die weitere Vorgehensweise erörtern. Danach erfolgt dann die weitere Beratung im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Knülle vertrat die Auffassung, dass dies direkt im Haupt- und Finanzausschuss beraten werden sollte und daher kein „runder Tisch“ einberufen werden sollte.

Herr Schell sprach sich seitens der CDU-Fraktion für den von Herrn Rupp unterbreiteten Vorschlag aus.

Herr Köhler gab zu Protokoll, dass heute keine förmliche Abstimmung über seinen Antrag erfolgen soll. Im nächsten Haupt- und Finanzausschuss soll dann über die weitere Vorgehensweise beraten und entsprechend beschlossen werden.

Über diesen Vorschlag herrschte Einvernehmen im Rat.